

Politische Berichte aus aktuellem Anlass

Vier Erfolge in der "mutigsten Demokratie"



Pakistan hat sich entschieden: für die Demokratie, für religiös-konservativ und für Nawaz Sharif. Der Stahlbaron wird vor dem 2. Juni seine dritte Amtszeit als Premier antreten, berichtet unser FNF-Experte aus Islamabad.

Bericht aus aktuellem Anlass N° 20/2013 (Olaf Kellerhoff, Islamabad, 31. Mai)

Sein Sieg bei den von vielen Seiten gelobten, besten aber auch blutigen Wahlen in Pakistan lässt auf Verbesserungen in der Wirtschaft und in den Beziehungen zu den Nachbarn Indien und Afghanistan sowie den USA hoffen. Es könnten aber auch religiöse Extremisten profitieren: Verhandlungen der führenden Parteien mit den Taliban wären eine de-facto Anerkennung ihrer Macht und ein Eingeständnis von Ohnmacht und Willensschwäche.



Ca. 35% der 86 Millionen registrierten Wähler (Gesamtbevölkerung ca. 200 Mio.) entschied sich für die rechts-konservative Pakistan Muslim League von Nawaz Sharif (PML-N). Aufgrund des Wahlsystems bedeutet dies 125 von 272 Direktmandaten plus noch zu berechnende Frauen- und Minderheitensitze. Die bisher regierende Pakistan Peoples Party (PPP) verlor mehr als zwei Drittel ihrer Parlamentssitze: Nur 31 Wahlkreise konnte sie gewinnen (97 in 2008). Ihr voriger Koalitionspartner, die Pakistan Muslim League – Quaid-e Azam (PML-Q) verschwand annähernd komplett aus der politischen Arena. Die Abwahl

der PML-Q, eine Abspaltung von der PML unter General Pervez Musharraf und diesem nahestehend, kann auch als Absage der Wähler an Musharraf und das Militär gewertet werden: Gerade einmal zwei Sitze (42 in 2008, 126 in 2002) sprechen eine deutliche Sprache.



Beachtliche Erfolge erzielte die Partei des ehemaligen Cricket-Spielers Imran Khan. Dessen Partei, die Pakistan Tehreek-e Insaf (PTI), wurde drittstärkste Kraft (28 Direktmandate) im Nationalparlament und mit 35 von 99 Direktmandaten stärkste Kraft in der Provinz Khyber-Pakhtoonkhwa. Ein größerer Erfolg wurde durch das pakistanische Wahlsystem verhindert: hier zieht gemäß dem Mehrheitswahlrecht nur der Gewinner eines Wahlbezirkes ins Parlament, alle anderen Stimmen gehen verloren. Bei einem Verhältniswahlrecht wäre die PTI zweitstärkste Kraft mit einem Anteil von 18%, während

die PPP nur auf 16% käme.

Die zehn Minderheiten- und 60 Frauensitze werden prozentual ermittelt und über Parteilistenplätze vergeben. Sie stehen noch nicht fest.

Vier Erfolge für die Demokratie

Die National- und Provinzwahlen in Pakistan können als Erfolg der Demokraten gewertet werden, und zwar gleich vierfach:

1. Erstmals in der Geschichte des Landes hat eine Regierung eine volle Legislaturperiode beenden und die Macht an eine neue demokratisch gewählte Regierung übergeben können.
2. Ein guter Teil des pakistanischen Volkes hat sich für die Volksherrschaft ausgesprochen. Die bislang höchste Wahlbeteiligung von ca. 60% widerspricht einer Umfrage des British Councils unter mehr als 5.000 jungen Pakistanis (15–29 Jahre), wonach gerade einmal 29% an Demokratie glaubten, hingegen 32% eine Militärherrschaft und sogar 38% ein religiöses Scharia-Regime bevorzugen. Die hohe Teilnahme ist umso erstaunlicher, da noch zuvor 29% der potentiellen Wähler ankündigten, aus Angst vor Anschlägen am Wahltag zu Hause bleiben zu wollen.¹ Dies veranlasste den Kolumnisten Murtaza Haider, Pakistan als "die mutigste Demokratie der Welt" zu bezeichnen.
3. Der vorerst noch bescheidene Wandel hin zu einer demokratischen Parteienlandschaft ist belohnt worden. Die politische Kultur des Landes befindet sich in einem Wandel, bei dem die PTI federführend ist. Losgelöst von traditionellen Strukturen trat sie – neben der islamistischen Jamaat-e Islami – als einzige politische Kraft mit innerparteilich gewählten Kandidaten an. Zudem bot sie als einzige dezidierte Programme zu Themen wie Gesundheit, Bildung, und Wirtschaft an. Die PTI hat vor allem junge Menschen politisiert und mobilisiert. Die hohe Wahlbeteiligung ist auch ihr Verdienst.
4. Das klare Wahlergebnis erschwert eine Wächterdemokratie seitens der Militärs. Die PML-N braucht sich nicht in permanenter Machtsicherung zu verausgaben und kann offensiv ihre Rolle in Parlament und Regierung ausfüllen. Es kann damit gerechnet werden, dass sie auch im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik, die bislang vom Militär vorgegeben wird, bestimmend sein möchte. Eine Einmischung des Establishments wird erschwert.

Erfolgreicher aber auch blutiger Urnengang

Insgesamt hat Pakistan die besten Wahlen seiner Geschichte erlebt. Nicht nur haben viele, vor allem junge Bürger mehr politisches Bewusstsein an die Urnen gebracht, sondern vor allem ist die Zivilgesellschaft gewachsen, sie ist engagierter und wagemutiger als noch vor fünf Jahren. Die Medien sind ihrer Rolle weitaus besser gerecht geworden als zuvor: Es gibt eine größere Vielfalt an Zeitungen sowie mehr Fernsehkanäle. Niveau und Verantwortungsbewusstsein haben sich aufgrund von vielen nationalen und internationalen Bemühungen verbessert. Hinzu kommt erstmals in diesem Ausmaß die Rolle der Sozialen Medien. Ein Teil der Willensbildung und der Mobilisierung vollzieht sich auch in Pakistan mittlerweile auf Facebook und Twitter.



Registrierung der Wähler und Verteilung der Wahlzettel in Islamabad.

Zudem waren es die ersten Wahlen seit Unterzeichnung der UN International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR) in 2010. Pakistan hat seitdem nicht nur die Verfassung verbessert (18., 19., 20. Änderung), was u.a. zu einem parlamentarischen Prozess der Ernennung der Vorsitzenden Wahlkommission führte. Auch wurde die Führung der Wählerliste signifikant verbessert. Die Wahlkommission hat sich unabhängiger als je zuvor erwiesen. Allerdings gab es weiterhin zahlreiche Schwächen in Wahlorganisation und – administration, die vor der Wahl nicht mehr behoben werden konnten.

Dennoch können die Wahlen für das gesamte Land nicht als durchweg frei und fair betrachtet werden. Dem Free and Fair Elections Network (FAFEN) zufolge kam es während des Wahlkampfes zu 149 Vorfällen von Gewalt, bei dem 189 Menschen starben und 667 verletzt wurden. Dabei zielten vor allem Taliban auf säkulare Parteien wie die paschtunische Awami National Party (ANP) und die Partei Muttahida Qaumi Movement (MQM), also die Partei der *muhajir* (Einwanderer aus Indien bei Staatsgründung). Am

Wahltag selbst kam es laut der EU Beobachtermission zu 62 Zwischenfällen, bei denen 64 Menschen starben.² Nicht überall im Lande (d.h. vor allem Belutschistan, FATA und Karachi) herrschte demnach Presse- und Entscheidungsfreiheit. Auch sollte nicht verschwiegen werden, dass die religiöse Gemeinschaft der Ahmadis in gesonderten Wählerlisten eingetragen ist und ein Wahlkandidat beschwören muss, nicht dieser Gemeinschaft anzugehören.



Großer Optimismus trotz langen Wartens. Junge Wählerin in Islamabad

In den meisten Landesteilen waren die Wahlen jedoch von einer entspannten und freudigen Stimmung geprägt. Nichtsdestotrotz kam es zu zahlreichen Betrugsversuchen unterschiedlichster Art (Diebstahl von Wahlurnen, Nichtausteilung von registrierten Stimmzetteln, "Beistand beim Ausfüllen" etc.). Die Beschwerdezelle der Wahlkommission tat ihr Bestes, um der Situation Herr zu werden – in diesem Maße ebenfalls ein positives Novum. Nach den Wahlen kam es zu einigen Protesten und es kann mit Nachwahlen im einen oder anderen Bezirk gerechnet werden.

Abwahl der PPP

Obschon zweitstärkste Kraft im Parlament kann die Partei des Präsidenten Asif Ali Zardari als abgewählt betrachtet werden. Das hat vor allem mit Zardari selbst zu tun – er gilt als der korrupteste Politiker überhaupt – aber eben nicht nur mit ihm. Zwar hatte die PPP-geführte Regierungskoalition die maßgebliche 18. Verfassungsänderung durchgebracht und damit einen Wandel von Präsidial- zur Parlamentsdemokratie vollzogen; auch konnte damit gerechnet werden, dass das Benazir Income Support Programme, ein Sozialprogramm für arme Bevölkerungsschichten, Wahlstimmen einbringen würde. Aber die Wähler haben sich nicht kaufen lassen. Ihre vordringlichsten Probleme sind vor allem wirtschaftlicher Natur: Die Hälfte sieht Inflation als größtes Problem des Landes, Terrorismus hingegen nur ein Viertel, gleich gefolgt von Arbeitslosigkeit (ein Fünftel der Befragten).³ Ein Durchschnittshaushalt gibt 70% für Nahrung aus. Viele kämpfen ums Überleben und nicht wenige sind unterernährt, so etwa ein Drittel aller Kleinkinder.⁴

Hier hat die PPP nicht liefern können. Hingegen hat Nawaz Sharif schon einmal bewiesen, dass er entsprechende langfristige Investitionen in Infrastruktur tätigen und die Wirtschaftsleitung verbessern kann. Als einer der reichsten Geschäftsmänner des Landes – ohne dabei Steuern zu zahlen, versteht sich – ist er ein Vertreter einer marktwirtschaftlichen Politik. Einst selbst durch die Nationalisierungspolitik Zulfikar Ali Bhuttos (PPP) enteignet, tritt er konsequent für Privatisierung und freien Handel ein.



Eine junge Erstwählerin zeigt nach der Wahl stolz ihren mit Farbe markierten Daumen

Zudem hatte es die PPP versäumt, Jungwähler zu gewinnen. In einer Gesellschaft in der 55% unter 24 Jahren alt sind, erweist sich dies als klarer strategischer Fehler, der bereits in den 1990ern begangen und nie korrigiert wurde. Mit der praktischen Abkehr vom Sozialismus – obschon seit 2003 offizielles Mitglied der sozialistischen Internationale – wurde die vormalige Kaderstruktur mit Studentenverband und Jugendorganisation aufgegeben. Nichts trat an dessen Stelle. Auch der offizielle Parteivorsitzende und Sohn des Staatspräsidenten, Bilawal Bhutto (24), der als jüngster Parteiführer auf die Jugend hätte eingehen können, betrieb keinen aktiven Wahlkampf. Offiziell aus Angst vor Anschlägen, inoffiziell eher aus Angst vor der eigenen Blamage: der Oxford-Student bekommt keinen geraden Satz in der Landessprache Urdu heraus.

¹<http://gallup.com.pk/Polls/07%20May%2013%20%281%29.pdf>

²<http://www.eucem.eu/files/pressreleases/english/eom-pakistan-preliminary-statement-13052013-en.pdf>

³<http://www.gallup.com.pk/News/Cyberletterissue106.pdf>. Last accessed: 14.05.2013.

⁴<http://www.wfp.org/countries/pakistan/overview>. Last accessed: 14.05.2013.

Verhandlung mit Extremisten

Die beiden großen Sieger der Wahlen, die PML-N auf nationaler Ebene und die PTI in der Provinz Khyber-

Pakhtoonkhwa, haben Verhandlungen mit den Taliban angekündigt. Falls diese zustande kommen, werden sie dabei aber nur verlieren können. Die pakistanischen Taliban, offiziell Tehreek-e Taliban Pakistan (TTP), sind wie ihre afghanischen Kampfgefährten erklärte Gegner der Demokratie. In Pakistan haben sie den Tod von rund 40.000 pakistanischen Bürgern zu verantworten. Während des Wahlkampfes hatten sie durch gezielte Angriffe und Anschläge den Wahlkampf von bestimmten Parteien praktisch undurchführbar gemacht und somit indirekt PTI, JI und JUI-F zum Wahlerfolg verholfen. Die Rückzahlung der Schuld ist somit offen. Ein Gewährenlassen würde jedoch unweigerlich das weitere Erstarken extremistischer Kräfte ermöglichen.

Zuletzt hatte Armeechef General Ashfaq Pervez Kayani in seiner Ansprache am 7. März die Bedenken der Armee über die "sich rapide verschlechternde" Rechts- und Sicherheitslage geäußert. Auch werden die USA einen "sicheren Hafen" für Terroristen in Teilgebieten des Landes nicht akzeptieren. Derzeit sollen sich allein zwischen 2.000 und 3.500 ausländische Jihadisten im Land befinden. Die Obama-Administration hat ihr Drohnenprogramm in erheblichem Maß ausgeweitet, um mutmaßliche Terroristen in Pakistan zu töten. Es bleibt abzuwarten, ob sich dies trotz der neuesten Ankündigungen aus Washington, ändern wird. Vor allem, wenn Pakistan selbst nicht aktiv gegen Extremisten vorgeht. In Zukunft müssten sich aber sowohl Imran Khan als auch Nawaz Sharif für die US-Drohnenangriffe gegenüber ihrem Verhandlungspartner Taliban verantworten.



Wahlkampf in Pakistan. Junge Unterstützerinnen werben für Imran Khan

Verlieren würden bei den Verhandlungen auch die Frauen. Denn es ist anzunehmen, dass der innere Frieden mit den Taliban auf Kosten von Frauenrechten und Mädchenbildung erkaufte werden könnte. Insbesondere weibliche Fans des ehemaligen Cricket-Stars Khan könnten ihre Illusionen verlieren und ihm wie auch aufgeklärte Vertreter des Mittelstandes die Unterstützung aufkündigen.

Regionalismus und Ideologien

Mit dem Wahlergebnis mag die Frage eines aufkommenden Regionalismus auf der Hand liegen: Jede Provinz geht an eine andere Partei bzw. Parteienkoalition. Nicht nur Forderungen nach einer neuen Provinz - meist wird eine Seraiki-Provinz als Abspaltung des Punjabs gefordert - und Separationswünsche der Belutschi-Nationalisten stärken diese Ansicht. Auf der anderen Seite war die bislang regierende PPP de facto die einzige landesweite vertretene Partei: Man fand sie in allen vier Provinzen inklusive Azad Jammu und Kaschmir sowie Gilgit-Baltistan. Ihre Degradierung zur Provinzpartei heißt nicht zugleich, dass die Wähler ihr Bewusstsein regionaler ausrichten. Im Gegenteil: Der Nationalstaat ist zwar Umfragen zufolge primäre Quelle der Identität. Die Bildung von politischen Mehrheiten erfolgt jedoch auf Basis der ethnischen und religiösen Gemeinschaft. In Pakistan ist die Bevölkerung entsprechend segregiert und lebt teils in Ghettos.

Die vorherrschende politische Bindung ist *biradari*, der erweiterte Familienverband. Die PPP hatte das bisher geschickt in allen Landesteilen umzusetzen gekonnt, war jedoch dieses Mal gescheitert (s.o.). Jetzt war es die PML-N, die in alle Parlamente einzog, und die PTI, die sich als nationale Partei und am meisten als ethnienübergreifend erweist. Zudem erklärt sich die PTI in Abgrenzung zu den anderen Parteien als "nicht familienbasiert".

Mit dem Erfolg von PTI, der islamistischen Jamaat-e Islami (2,2% der abgegebenen gültigen Stimmen, in 2008 nicht angetreten) und der Jamiat-e Ulema-ye Islami Fazl ur-Rehman (JUI-F) mit 3,4% (2,2% in 2008) zeichnen sich in diesen Wahlen erste Auflösungsstendenzen von *biradari* ab. Nicht nur haben durch die Medienentwicklung lokale Führer ihre Informations- und Deutungshoheit verloren; auch entwickelt sich eine Mittelschicht mit politischem Bewusstsein. Der Urbanisierungsgrad von 36% wächst jährlich um weitere drei Prozent. Um 2025 wird die Hälfte der Bevölkerung in Städten leben. Damit werden zukünftig andere politische Bindungsmodelle denkbar, was bei schlechter Wirtschaftsleistung vor allem untere Mittelschichten und Unterschichten religiösen und religiös-extremistischen Parteien Zulauf verschaffen könnte. Die zeichnet sich bereits jetzt teilweise ab.⁵ PTI-Anhänger sind vor allem unter den mittleren und oberen Einkommenschichten zu finden.

Positive Signale und schöne Träume

Noch in der Wahnacht sah sich Nawaz Sharif als Sieger und sandte versöhnliche Signale in die Nachbarschaft. An Indien gewandt sagte er: "Wir werden den Faden da aufnehmen, wo wir ihn zurückgelassen haben." D. h. bevor er 1999 vom Militär gestürzt wurde. Der indische Premier Manmohan Singh gratulierte umgehend. Dies ist ein positives Zeichen für die bilateralen Beziehungen, die tonangebend für die gesamte Region Südasien sind. Auch milderte Sharif sein eigenes Parteimanifest bezüglich Kaschmir ab, das auf UN-Konventionen und Selbstbestimmung beharrt, und stellte – abhängig von einer indischen Antwort – ein Abweichen von dieser Position in Aussicht. Die Zeit dafür ist kurz: in Indien wird nächste Jahr gewählt. Zudem muss Sharif auch seinen Wählern und dem Establishment ein Abweichen von der bisherigen Außenpolitik Pakistans verkaufen können.

Auch das Verhältnis zum nördlichen Nachbarn Afghanistan will Sharif verbessern. Konkret konnte er in dieser Ansprache nicht werden, weil er Militär und Geheimdienst nicht zur Zufriedenheit Kabuls kontrollieren kann, so dass dies vorerst nur eine höfliche Geste bleiben wird. Hamid Karzai hingegen sucht die Unterstützung Indiens auch in militärischer Hinsicht, was Pakistan eher zu post-Karzai Planspielen nach den Afghanistanwahlen im April 2014 anregt.

Der wichtigste Verbündete an Pakistans Seite ist der offiziellen Rhetorik zufolge China. Der chinesische Premier Li Keqiang besuchte bereits den designierten Premier Sharif nach den Wahlen – wobei er zuerst in Indien vorbeischaute. Keqiang könnte zu einer Stütze für den neuen Premier werden, wenn der "All-Wetter-Freund" China tatsächlich einmal signifikant liefert bzw. investiert und wie angekündigt Unterstützung in der Energiekrise gibt. Pakistan propagiert die Freundschaft als "höher als die Berge, tiefer als die Ozeane, härter als Stahl und süßer als Honig". In den vergangenen zwölf Jahren stammten jedoch von den 29 Milliarden USD an ausländischen Direktinvestitionen in Pakistan gerade einmal 0,8 Milliarden aus dem Reich der Mitte – und diese fast komplett vom Mobilfunkunternehmen Zong, dessen Gewinne zurückfließen. Und während nun in Islamabad ein paar Zusammenarbeitsabkommen unterzeichnet wurden, reisten in der chinesischen Delegation nach Delhi Firmen mit handfesten Verträgen in Milliardenhöhe mit. Das indisch-chinesische Handelsvolumen beträgt 68 Milliarden USD und wird vermutlich in zwei Jahren 100 Milliarden erreichen. Hingegen handeln China und Pakistan auf einem Niveau von 12 Milliarden USD und zielen bald auf 15 Milliarden ab. Pakistan könnte noch in der kommenden Legislaturperiode aus seinen Illusionen über die eigene Bedeutung für China erwachen, wenn es um handfeste Interessen mit Indien wie Kaschmir oder die umstrittene Grenze geht.

Sharif und das Militär: kühles und pragmatisches Verhältnis

Das Militär ist in Pakistan weiterhin unübersehbar der dominante Akteur auf der politischen Bühne. Als erklärter Gegner von Militär und insbesondere von General Pervez Musharraf, der Sharif 1999 absetzte und ihn ins Exil beförderte, legt Sharif nun trotzdem einen gewissen Pragmatismus an den Tag. Und auch das Militär zeigte sich schon jetzt gesprächsbereit: Der Chef der Armee, General Ashfaq Kayani, hat den künftigen Premier bereits aufgesucht. Dabei wird es um einen würdigen Abgang des unter Hausarrest stehenden Musharraf gegangen sein. Weitere Gespräche werden folgen müssen, da Sharif seine Absicht auf das Primat der Politik auch in Sicherheitsfragen durchblicken ließ. Allerdings werden Kernfragen über den eigenen Status für das Militär nicht verhandelbar sein. Das heißt, die einflussreiche Rolle des Militärs wird sich auf absehbare Zeit kaum verändern. Jedoch wird durch die Wiederbelebung von parlamentarischen Komitees und der geplanten Besetzung des Verteidigungssekretärs durch einen Zivilisten, am Status des Militärs gekratzt. Viel Spielraum hat Sharif dabei nicht, da er sowohl außen- wie auch innenpolitisch auf die Unterstützung der Uniformträger angewiesen ist.

Ausblick

Mit den Bundes- und Provinzwahlen erzielten die Anhänger der Demokratie mehrere signifikante Erfolge. Nichtsdestotrotz erscheint es möglich, dass sowohl Nawaz Sharif als auch Imran Khan mit den Feinden der Demokratie verhandeln. Die Taliban machen vorerst ihre Haltung von der Koalitionsbildung in Khyber-Pakhtoonkhwa abhängig. Ihre längerfristige Perspektive ist die Abschaffung der Demokratie, deren erklärter Gegner sie sind.

Seit der von oben betriebenen Islamisierung der Gesellschaft durch Zulfikar Ali Bhutto und dann Wahhabisierung

durch General Zia ul-Haq ab 1979 hat sich der extremistische Islam in Pakistan weiter verbreitet. Die Lawine, die damals losgetreten wurde, rollt immer noch vom Hindukush hinab, ihre Druckwelle hat aber längst das südliche Punjab und Karachi erreicht. Neben dem sogenannten "Krieg gegen den Terror", in dem Pakistan ein Verbündeter der USA ist, und den verlustreichen Kämpfen des pakistanischen Militärs im Norden des Landes wagte es niemand, gegen Extremisten im Inneren vorzugehen. Politische Entscheidungsträger neigen dazu, das Risiko auszublenden, nicht nur um sich selbst nicht zu gefährden, sondern auch um zusätzliche Wählerstimmen aus dem islamistischen Lager zu bekommen.



Lange Schlangen vor den Wahllokalen.
Hier in Rawalpindi

Selbst offiziell verbotene extremistische Gruppierungen treten offen auf und sind teils auf lokaler Ebene bereits der entscheidende Machtfaktor. So werden Bevölkerung, Bürokraten und Richter eingeschüchtert, um Entscheidungen und Entwicklungen zu beugen – nicht nur zu Wahlzeiten. Die 18-Millionen-Metropole Karachi diente den Taliban bislang als Logistik- und Erholungszentrum. Inzwischen beherrschen sie ganze Stadtteile, mischen im Ringen um die Macht mit und beeinflussen den Wahlkampf.

Es steht zu befürchten, dass die neue Regierung neben Verhandlungen mit Extremisten einzig darauf setzt, dass eine positive Wirtschaftsentwicklung die Bevölkerung zu einer grundsätzlichen Stützung des Staates veranlasst. Dies kann sich jedoch als Trugschluss erweisen und extremistische Gruppierungen können u.U. in der Zwischenzeit ihre Ressourcen vergrößern, mehr Anhänger rekrutieren und an Einfluss gewinnen.

⁵http://www.peacebuilding.no/var/ezflow_site/storage/original/application/4c5b5fa0ebc5684da2b9f244090593bc.pdf

Bildmaterial: **FNF-Projekt Pakistan**

Olaf Kellerhoff ist Projektleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Pakistan

Impressum:

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

URL dieser Seite: <http://www.freiheit.org/Politische-Berichte-aus-aktuellem-Anlass/415c25413i1p/pm/index.html>